

Nadeshda Michailova

Bulgarien und die Krise im Kosovo

Neun Jahre ist Bulgarien bereits Geisel der Ereignisse in Jugoslawien. Die von Slobodan Milosevic seither angezettelten Kriege und ethnischen Säuberungen haben nicht nur die Geographie im Rahmen Ex-Jugoslawiens verändert, sondern auch den anderen Staaten in der Region größte Probleme bereitet. Ihre Folgen werden länger als die eigentlichen Konflikte nachwirken. Es werden große Anstrengungen und die Unterstützung der internationalen Staatengemeinschaft erforderlich sein, um das Image der Region wieder zu verbessern, ihre Attraktivität für ausländische Investoren zu erhöhen und sie in das geeinte Europa zu integrieren.

Die Demokratisierungs- und Stabilisierungsprozesse in den postkommunistischen Ländern kollidierten mit den durch die Ereignisse in Jugoslawien hervorgerufenen Problemen. Die Verwirklichung bedeutender Infrastrukturprojekte, die Integration Bulgariens und anderer Länder in der Region in die europäischen und euroatlantischen Strukturen verzögerten sich.

Wenn auf den Fall der Berliner Mauer und die Wende in Europa nicht so rasch die durch das Regime Milosevics provozierten Ereignisse in Jugoslawien gefolgt wären, würde die Entwicklung in der Region, aber auch in ganz Europa anders ausgesehen haben. Wenn Bulgarien, Rumänien und andere Länder mit stabilen demokratischen Systemen inzwischen Mitglieder der NATO wären, wäre der Ausbruch des Konflikts im Kosovo überhaupt nicht möglich gewesen. Diese Tatsache erhärtet erneut die Notwendigkeit eines langfristigen Engagements der europäischen

Seit nunmehr neun Jahren leidet Bulgarien unmittelbar unter den Ereignissen in Jugoslawien, dessen Präsident Milosevic mit seiner Strategie der ethnischen Säuberung laut Sofia eine Destabilisierung der gesamten Balkanregion bewirkt. Neben diversen diplomatischen Initiativen und konkreten Hilfestellungen wie dem Bau von Holzlagern für das Flüchtlingslager im mazedonischen Raduscha erklärte das Land bereits zu Beginn der NATO-Schlüsse seine Solidarität mit der euroatlantischen Allianz. Mehr noch: Jugoslawien müsse, so die bulgarische Regierung, alle Flüchtlinge wiederaufnehmen, nicht sei zudem ein umfassender Plan zur Wiederherstellung der regionalen Stabilität, zur Verankerung der Demokratie sowie zum Abbau des ethnischen Hasses in allen vom Krieg betroffenen Ländern des Balkan. Schließlich habe, so Sofia, die Jugoslawienkrise gesamteuropäische Relevanz, weshalb es auch keine Alternative zur euroatlantischen Integration ganz Südosteuropas geben könne.

und euroatlantischen Institutionen gegenüber Südosteuropa.

■ Die bulgarische Position zum Konflikt im Kosovo

■ Bereits während der ersten dramatischen Ereignisse in Pristina im Februar 1998 hat Bulgarien eine diplomatische Initiative für die Ausarbeitung einer gemeinsamen Position der Länder in der Region unternommen.

Bereits während der ersten dramatischen Ereignisse in Pristina im Februar 1998 hat Bulgarien eine diplomatische Initiative für die Ausarbeitung einer gemeinsamen Position der Länder in der Region unternommen. Am 10. März verabschiedeten Bulgarien, Griechenland, die Türkei, Rumänien und die Republik Mazedonien in Sofia eine gemeinsame Erklärung. Sie trug zur spürbaren Verbesserung des Vertrauens zwischen den Staaten in der Region bei. Infolge der einheitlichen Position wurden am 25. März die Außenminister dieser Länder sowie der Außenminister Albaniens zu einem Treffen der Kontaktgruppe nach Bonn eingeladen. Die diplomatische Aktivität der Länder in der Region hielt über das ganze Jahr an. Wir ließen uns dabei vom Wunsch leiten, Teil der Lösungen zu werden, die das Schicksal der Region bestimmen, in der wir leben. Ich denke, daß Bulgarien einen beachtlichen Beitrag zu diesem Prozeß geleistet hat.

Während des Zeitraumes seit Beginn des Konflikts ist die bulgarische Haltung, die sich in hohem Maße mit der Haltung der anderen Länder Südosteuropas deckt, durch Kontinuität gekennzeichnet. Bulgarien ist ernsthaft um die Eskalation des Konflikts im Kosovo in unmittelbarer Nähe seiner Staatsgrenze besorgt. Das Kosovo ist kein internes Problem Jugoslawiens, sondern betrifft auch die anderen Länder Südosteuropas angesichts der negativen Folgen für die Region als Ganzes in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht.

Seit Beginn des Konflikts hat sich Bulgarien für eine Lösung mit politischen Mitteln ausgesprochen, die das Leben, die Sicherheit und die grundlegenden Rechte und Freiheiten aller Bürger des Kosovo, unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft, garantiert. Unseres Erachtens muß die Gewährung einer weitgehenden Autonomie und Selbstverwaltung des Kosovo im Rahmen der international anerkannten Grenzen der BR Jugoslawien bei Achtung seiner territorialen Integrität Grundlage einer Lösung des Problems werden. Diese Position fußt auf dem Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen aller Staaten

in der Region und steht gleichzeitig im Einklang mit der europäischen Perspektive und dem Streben nach Wohlstand der Länder in Südosteuropa.

Heute drückt Bulgarien sein tiefes Bedauern darüber aus, daß die diplomatischen Bemühungen sowohl der internationalen Gemeinschaft als Ganzes als auch der Staaten in der Region nicht zur friedlichen Lösung der Krise im Kosovo beigetragen haben. Der Grund dafür ist klar – die nichtkonstruktive Position der jugoslawischen Behörden. Sie haben nicht nur das Abkommen von Rambouillet nicht akzeptiert, sondern sogar ihre militärische Präsenz im Kosovo im Widerspruch zu den im Oktober 1998 erreichten Abkommen verstärkt, haben die Repressalien gegen die Kosovo-Albaner intensiviert und die ethnische Säuberung beschleunigt. Gerade diese Handlungen waren Anlaß für die Militärschläge der NATO gegen Objekte in der BR Jugoslawien. Ihr Ziel ist es, eine künftige größere Instabilität in der Region zu verhindern, die infolge einer Kettenreaktion des Konflikts im Kosovo auftreten könnte.

Sofort nach Beginn der Schläge der NATO hat die Volksversammlung (Parlament) Bulgariens am 25. März 1999 eine diesbezügliche Erklärung verabschiedet. Darin wird deutlich gemacht, daß die Republik Bulgarien sich weder direkt noch indirekt an Militäraktionen in der BR Jugoslawien beteiligen wird. Unter anderem heißt es dort: „Indem wir die Prinzipien der Demokratie, des Rechtsstaates, der humanitären Werte und Ideale teilen, bekunden wir unsere Solidarität mit der euroatlantischen Gemeinschaft und ihren Bemühungen, die weitere Vertiefung und Ausweitung der Krise im Kosovo zu verhindern und rufen zu einer neuen Politik der stabilen Entwicklung in Südosteuropa auf.“ Mit dieser Erklärung appelliert Bulgarien noch einmal an die Regierung der BR Jugoslawien, das Friedensabkommen zu unterzeichnen und so neue menschliche Opfer und Zerstörungen zu verhindern.

Die Annahme dieser Erklärung durch eine überwältigende Mehrheit der Abgeordneten bestätigt nachdrücklich die strategische Entscheidung des Landes für eine Vollmitgliedschaft in der NATO.

Hervorzuheben sind zwei weitere Momente, die die euroatlantische Solidarität Bulgariens charakterisieren. Am 22. April hat die Regierung eine Verord-

Sofort nach Beginn der Schläge der NATO hat die Volksversammlung (Parlament) Bulgariens am 25. März 1999 eine Erklärung verabschiedet. Darin wird deutlich gemacht, daß die Republik Bulgarien sich weder direkt noch indirekt an Militäraktionen in der BR Jugoslawien beteiligen wird.

nung für die Exportbedingungen, den direkten Transit und den Reexport von gefährlichen Substanzen, die für die Verwendung in angrenzenden Ländern bestimmt sind, auf deren Territorium Militäroperationen stattfinden, erlassen. Dieser Beschluß regelte die bereits am 19. April eingeführte Praxis. Am 26. April schloß sich Bulgarien der Entscheidung der Europäischen Union für die Begrenzung der Erdöllieferungen nach Jugoslawien an.

Im Einklang mit den in Brüssel geführten Gesprächen des Ministerpräsidenten Iwan Kostov mit dem Generalsekretär der NATO, Javier Solana, und den Botschaftern der 19 Mitgliedsstaaten führte die Regierung Unterredungen für den freien Zugang zu einer 70 bis 90 Meilen breiten Zone des bulgarischen Luftraumes für Flugzeuge der Allianz, die sich am Einsatz in Jugoslawien beteiligen, wobei im Gegenzug zusätzliche Sicherheitsgarantien für das Land gefordert wurden. Außerhalb dieser Zone bleiben die großen Städte und das AKW Kosloduj. Die Vereinbarung mit der NATO wurde am 4. Mai mit großer Mehrheit vom Parlament ratifiziert, somit die Überfluggenehmigung für NATO-Maschinen erteilt.

In einem Brief des NATO-Generalsekretärs an den Ministerpräsidenten Iwan Kostov vom 22. April 1999 hieß es, daß die NATO auf jede mögliche Herausforderung der BR Jugoslawien gegenüber der Republik Bulgarien, die infolge der Überlassung des bulgarischen Luftraumes entstehen könnte, reagieren würde. Dieses kategorische Engagement für die Sicherheit des Landes ist die Fortsetzung der Position im Brief Javier Solanas an Präsident Petar Stojanov vom 20. April dieses Jahres, worin klargelegt wird, daß die Sicherheit der NATO-Mitgliedstaaten untrennbar mit der Sicherheit der Partnerstaaten in Europa verbunden ist, daß die Sicherheit der Partnerländer Gegenstand der unmittelbaren und ureigensten Sorge der NATO ist und daß eine Bedrohung seitens der BR Jugoslawien für die territoriale Einheit, die politische Unabhängigkeit und Sicherheit Bulgariens nicht hinnehmbar ist.

Die Aufzählung dieser Fakten und Zahlen mag für die Leser möglicherweise ermüdend wirken, doch wird damit die Entschlossenheit Bulgariens illustriert, so bald wie möglich einen würdigen Platz in der internationalen Staatengemeinschaft einzunehmen sowie

■ In einem Brief des NATO-Generalsekretärs an den Ministerpräsidenten Iwan Kostov vom 22. April 1999 hieß es, daß die NATO auf jede mögliche Herausforderung der BR Jugoslawien gegenüber der Republik Bulgarien, die infolge der Überlassung des bulgarischen Luftraumes entstehen könnte, reagieren würde.

rascher Mitglied der europäischen und euroatlantischen Strukturen zu werden.

■ Bulgarien und die humanitäre Katastrophe

Bereits zu Beginn der Krise im Kosovo hat sich Bulgarien den Friedensbemühungen der internationalen Gemeinschaft angeschlossen, indem es sich von seinem besonderen Interesse an einer dauerhaften Friedenslösung leiten ließ, die es den Nachbarstaaten am Ende des 20. Jahrhunderts ermöglichen würde, die demokratischen Gesellschaften zu entwickeln und zu festigen, die Marktwirtschaft und die Regionalentwicklung zu fördern und die Vorbereitung für einen Beitritt zur NATO und zur EU zu beschleunigen. Bedauerlicherweise sind die diplomatischen Bemühungen zunächst fehlgeschlagen, so daß wir gegenwärtig Zeugen der Tragödie unschuldiger Zivilisten sind.

Jetzt müssen wir handeln, um eine Eskalation der Katastrophe zu vermeiden und die Ausbreitung der ethnischen Spannungen und Säuberungen zu verhindern. Der Schock durch die tragischen Bilder aus dem Kosovo hat unsere Völker vor die moralische Herausforderung gestellt, ihre Solidarität zu bekunden und Hilfe zu leisten. Bulgarien wurde Teil dieser Solidarität.

Am wichtigsten jedoch bleibt die Sorge, inwieweit die von uns ausgearbeiteten Pläne sich als effektiv bei der Milderung des Leids der Flüchtlinge und bei ihrer sicheren Rückführung erweisen werden. Wie aus den bestehenden Präzedenzfällen ersichtlich, verringern zerstreute Flüchtlingsmassen die Effektivität der humanitären Hilfe. Wir halten es für besonders wichtig, die Flüchtlingsströme nicht umzuleiten, weil das die künftige Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Heimatorte unter Umständen erheblich erschweren würde. Auf diese Weise könnte man unwillkürlich in die von Belgrad ausgearbeiteten Szenarien hineinschlittern.

Bulgarien ist überzeugt, daß die vom Milosevic-Regime durchgeführte ethnische Säuberung auch die Destabilisierung der Nachbarländer bezweckt. Gerade deshalb hat unser Land eine Reihe von Schritten unternommen und im Rahmen seiner begrenzten finanziellen Möglichkeiten bereits in den ersten Tagen Albanien und der Republik Mazedonien Unterstützung gewährt. Es wurde materielle Hilfe für

■ Der Schock durch die tragischen Bilder aus dem Kosovo hat unsere Völker vor die moralische Herausforderung gestellt, ihre Solidarität zu bekunden und Hilfe zu leisten. Bulgarien wurde Teil dieser Solidarität.

beide Länder bereitgestellt. Bulgarien hat den Unterhalt des Flüchtlingslagers Raduscha in der Republik Mazedonien übernommen. Darin eingeschlossen sind ein bulgarisches Feldlazarett sowie Feldküchen. Es werden spezielle Holzhäuser mit entsprechender Einrichtung gebaut, die eine bequeme Bleibe für 2000 Personen sichern werden. Wenn die Bedingungen für die Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Heimat geschaffen sind, sollen diese Häuschen, die in Bulgarien als Wochenenddomizile Verwendung finden, demontiert und im Kosovo anstelle der niedergebrannten Häuser genutzt werden. Es ist eine Luftbrücke „Charitas“ vorbereitet worden, über die Schwerkranke nach Bulgarien zur Behandlung transportiert werden.

Unseres Erachtens ist eine multinationale Struktur unter Beteiligung aller EU-Mitgliedsländer und der Staaten Südosteuropas, einschließlich Griechenlands und der Türkei erforderlich. Ein derartiger Mechanismus wird die Aufgabe haben, die humanitäre Hilfe zu garantieren und zu dirigieren, einschließlich der Ausrüstung der Flüchtlingszentren, der Leistung sozialer und medizinischer Hilfe, allem voran aber der Schaffung von Voraussetzungen zur Rückkehr der Flüchtlinge.

Wir hielten es für nützlich, wenn das UNHCR seine Präsenz in der Region verstärken würde. Bulgarien hat vorgeschlagen, das Friedensabkommen von Rambouillet durch eine Zusatzbestimmung zu erweitern, die besagt, daß Jugoslawien sich verpflichtet, alle Flüchtlinge aus dem Kosovo aufzunehmen und ihre sichere Rückkehr zu gewährleisten, einschließlich der jugoslawischen Bürger albanischer Abstammung mit abgelaufenem Aufenthaltsrecht in bestimmten Ländern, z.B. in Deutschland.

■ **Bulgarien hat vorgeschlagen, das Friedensabkommen von Rambouillet durch eine Zusatzbestimmung zu erweitern, die besagt, daß Jugoslawien sich verpflichtet, alle Flüchtlinge aus dem Kosovo aufzunehmen und ihre sichere Rückkehr zu gewährleisten.**

■ **Bulgarien und das Treffen der NATO in Washington**

Wir bewerten die Ergebnisse des Treffens in Washington im ganzen als positiv. Es wurden wichtige Dokumente und Beschlüsse angenommen, sowohl die Zukunft der NATO und der Partnerschaft als auch die Gesamtarchitektur der europäischen Sicherheit betreffend. Die Politik der offenen Tür und die Erweiterung der Allianz wurde in der Washingtoner Erklärung, dem Communiqué und der strategischen

Konzeption des Paktes bestätigt und entwickelt; sie hat konkrete Dimensionen durch den verabschiedeten Plan für die Mitgliedschaft angenommen.

Die Mitglieder und Partner der NATO zeigten sich geeint und solidarisch in ihrer Entschlossenheit zur Erzielung einer dauerhaften friedlichen Lösung der Krise in der BR Jugoslawien. Gleichzeitig übernahm die NATO klare Verpflichtungen für die Sicherheit der Nachbarstaaten Jugoslawiens. Es wurde betont, daß Südosteuropa eine umfassende, schlüssige und wohlkoordinierte Strategie zur Herstellung von Stabilität braucht.

Die Beschlüsse zur Erweiterung entsprechen in hohem Maße unseren Erwartungen – die Auflistung der ernsthaften Aufnahmekandidaten, der Vorschlag eines konkreten Plans, ein System zur Bewertung der Ergebnisse. Zugleich jedoch vermissen wir einen exakten Zeitplan für neue Beitrittseinladungen. Die Errungenschaften Bulgariens und der anderen Kandidaten wurden durch die konkrete Nennung jedes Landes hervorgehoben. In unserem Verständnis liegt die Reihenfolge der Aufzählung der Chronologie der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zugrunde. Dessen ungeachtet müssen neue Einladungen auf die Ergebnisse aufbauen, die diese Länder bei der Erfüllung der Auflagen im Pakt für die Mitgliedschaft an den Tag legen werden. Das bedeutet freilich nicht, daß die Auflagen für die nächste Erweiterungsrunde anders ausfallen dürfen als die bei den ersten drei Mitgliedern aus Mittel- und Osteuropa angewandten.

Bulgarien beabsichtigt, die im Aktionsplan vorgesehenen Möglichkeiten optimal zu nutzen und unverzüglich zur Klärung der Parameter und zu einem nationalen Programm laut Plan zu schreiten. Wir messen dem Rückkoppelungsmechanismus, der Bewertung und den Fragen der Verteidigungsplanung besondere Bedeutung bei.

Wir geben der in Washington demonstrierten Entschlossenheit, den Konflikt im Kosovo schnell zu beenden, großes Gewicht. Uns ermutigt nicht nur der Geist der Solidarität zwischen den Mitgliedern der NATO, sondern auch mit den Nachbarstaaten Jugoslawiens, die große Risiken und Schwierigkeiten infolge der Krise erleiden.

Auf dem Gipfeltreffen hat sich die Allianz mit der Sicherheit der an Jugoslawien grenzenden Länder in

■ Wir geben der in Washington demonstrierten Entschlossenheit, den Konflikt im Kosovo schnell zu beenden, großes Gewicht.

zweierlei Hinsicht engagiert: bei unmittelbarer Bedrohung sowie in Zusammenhang mit der langfristigen Stabilität in der Region. Wir hoffen, daß das den Beschlüssen auf dem Treffen zugrundeliegende klare Bewußtsein und die Absicht zur vorrangigen Erarbeitung und Umsetzung einer umfassenden langfristigen Strategie für Südosteuropa sich in kürzester Frist materialisieren und die NATO entsprechende Verantwortung im Rahmen ihrer Zuständigkeit übernehmen wird. Der Wiederaufbau und die Entwicklung Südosteuropas zu Demokratie und Wohlstand hin nach dem Konflikt als integraler Bestandteil der euroatlantischen Gemeinschaft sind von ausschlaggebender Bedeutung für die allgemeine Sicherheit und Stabilität.

Die auf dem Treffen in Washington angenommene Strategische Konzeption der NATO ist bestimmend für die euroatlantische Sicherheitsstruktur. Für uns ist sehr wichtig, daß der offene Charakter der Allianz und die Absicht weiterer Einladungen für eine Mitgliedschaft die Basis der Konzeption bilden. Der breite Zugang zur Sicherheit und die feste Absicht der NATO, für den Frieden und die Stabilität im euroatlantischen Raum beizutragen, einschließlich bei Krisen außerhalb von Artikel 5 des Washingtoner Vertrags, sind ein Beleg für die Bereitschaft, dem gesamten Spektrum der neuen Herausforderungen und Bedrohungen der europäischen Sicherheit wirkungsvoll zu begegnen. Das ist in der neuen Formulierung der Hauptaufgaben der NATO dargelegt, die Krisenmanagement und Partnerschaft umfassen.

■ Bulgarien und die EU, Bulgarien und der „Stabilitätspakt“

■ Der Konflikt im Kosovo hat einmal mehr gezeigt, daß die Folgen der Jugoslawienkrise gesamteuropäischen Charakter tragen, was die Notwendigkeit einer gesamteuropäischen Antwort nahelegt.

Der Konflikt im Kosovo hat einmal mehr gezeigt, daß die Folgen der Jugoslawienkrise gesamteuropäischen Charakter tragen, was die Notwendigkeit einer gesamteuropäischen Antwort nahelegt. Bulgarien versteht die Position der deutschen Ratspräsidentschaft in der EU so, daß ein dauerhafter Frieden auf dem Balkan nur durch eine Verbesserung der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der Region erreicht werden kann. Das ist eine Illustration der Bereitschaft der Europäischen Union für eine effektivere, sichtbare politische und wirtschaftliche Präsenz bei

der langfristigen Entwicklung der Region. In diesem Sinne drückt die Idee eines „Stabilitätspaktes für Südosteuropa“ den politischen Willen zur Übernahme konkreter Verantwortung für die Sicherheit, die demokratische Entwicklung und den Wohlstand in der Region aus.

Die dramatischen Ereignisse im Kosovo wurden zum Prüfstein für die Richtigkeit des bulgarischen Herangehens im Dialog mit den Partnern von EU und NATO. Nach unserem Dafürhalten gibt es zur europäischen und euroatlantischen Integration der Länder Südosteuropas keine Alternative. Unsere Erfahrung lehrt, daß die Perspektive einer EU-Mitgliedschaft einen mächtigen Antrieb bei den Reformen darstellt. Daher ist das Interesse Bulgariens am Vorschlag Deutschlands, der übrigens auch von anderen führenden europäischen Politikern unterstützt wird, sehr stark und sehr konkret. Mehr noch – dieses Projekt stimmt vollkommen mit der von der bulgarischen Regierung lancierten These überein, daß der Prozeß einer Aufnahme der Länder Südosteuropas über die Erreichung einer gewissen regionalen wirtschaftlichen Stabilisierung verläuft. Besonders wertvoll ist, daß diese Idee die konkreten Parameter für eine mittel- und langfristige wirtschaftliche Entwicklung in die Diskussion der EU über die Integration der Länder Südosteuropas einbringt.

Natürlich muß dieses wie jedes Projekt erörtert und präzisiert werden. Es ist erforderlich, die exaktesten Formulierungen zu finden und die Agenda festzulegen, wobei die vordringlichsten Bedürfnisse der Länder in der Region berücksichtigt werden, Projekte für den ökonomischen Wiederaufbau aufzuzeigen, einschließlich ihrer Vorzugsbehandlung bei den Ausschreibungen für den Wiederaufbau, an denen sie sich aktiv beteiligen können. Unter allen Umständen muß die objektive Tatsache beachtet werden, daß die Probleme in diesem Teil Europas komplex sind. Es muß daher nach adäquaten Lösungen auf der Grundlage eines pragmatischen Dialogs mit den assoziierten Ländern aus Südosteuropa gesucht werden.

Infolge seiner Beteiligung an verschiedenen Formen der regionalen Zusammenarbeit und der in den letzten zehn Jahren gesammelten Erfahrung als ‚Vorreiterland‘ kann Bulgarien der EU seine spezifischen Kenntnisse anbieten. Im direkten Dialog mit der EU

■ Nach unserem Dafürhalten gibt es zur europäischen und euroatlantischen Integration der Länder Südosteuropas keine Alternative.

■ Bulgarien erfährt nicht durch eigenes Verschulden gewaltige direkte und indirekte Verluste durch die Krise im Kosovo.

sowie angesichts der deutschen Präsidentschaft wird Bulgarien konkrete Vorschläge zu den einzelnen Maßnahmenpaketen im künftigen Stabilisierungsprogramm und den Projekten für den ökonomischen Wiederaufbau unterbreiten. So regt Bulgarien beispielsweise an, einen Regionalfonds *regional facility* für die betroffenen Länder zu schaffen, der die Möglichkeit zur Finanzierung von Infrastrukturprojekten auf dem Territorium von Nachbarländern ermöglicht (für die Kompensation der erlittenen Verluste) mit einer nachfolgenden Beteiligung an der Wiederherstellung und am Wiederaufbau der vom Konflikt betroffenen Länder.

Bulgarien erfährt nicht durch eigenes Verschulden gewaltige direkte und indirekte Verluste durch die Krise im Kosovo. Wir erwarten, daß eine neue internationale Strategie den Interessen und Bedürfnissen der Nachbarländer Jugoslawiens Rechnung trägt, insbesondere bei ihrem Bestreben, keinen Verzug bei den Reformen zuzulassen und den Prozeß der Eurointegration zu beschleunigen. In diesem Sinne würden wir uns wünschen, daß bei der Bestimmung der konkreten Politik zur Einwirkung auf die Situation in Jugoslawien eine klare Differenzierung der möglichen Maßnahmen vorgenommen wird – sowohl bezüglich der bestehenden Spannungsherde und Konfliktpotentiale als auch hinsichtlich der demokratischen Staaten, welche die Quelle von Stabilität in der Region sind. Die Erfahrung der nicht in den Konflikt einbezogenen Staaten in der Region im Hinblick auf die Regulierung ethnischer Spannungen in der Übergangsphase muß in maximalem Maße genutzt werden. Bulgarien ist bereit, an der Ausarbeitung und Umsetzung eines einheitlichen Investitionsprogramms in der Region sowie bei der Vereinbarung von Mechanismen für eine künftige beschleunigte Integration in die europäischen und euroatlantischen Strukturen teilzunehmen.

Die neue internationale Strategie der südosteuropäischen Staaten wird die effektive Verteilung der Funktionen zwischen den verschiedenen internationalen Organisationen und Institutionen verlangen. Zweifellos wird die Rolle der EU als politischer Motor des Prozesses sowie als ökonomischer Anreiz und Quelle von Investitionen maßgeblich sein.

■ Das Alternativmodell zur Entwicklung Jugoslawiens

Es ist viel von der Aufhebung der Monopolisierung der Medien durch Milosevic die Rede. Eine seiner Propagandathesen ist das Beispiel der Länder, die an Jugoslawien grenzen. Grundlegend für diese Propaganda ist die Behauptung, daß Bulgarien und Rumänien trotz ihrer guten Beziehungen zur NATO nicht weiter entwickelt seien als Jugoslawien.

Um die Menschen in Jugoslawien zu motivieren, müssen wir ein positives, alternatives Modell verkörpern. Der Schlüssel zur künftigen Stabilität in der Region ist die Aufnahme Bulgariens in die zweite Erweiterungsrunde der NATO, unabhängig vom Zeitpunkt, zu dem sie stattfinden wird.

Der Balkan ist ein Beispiel dafür, wie eine Reihe von wirtschaftlichen und diplomatischen Problemen, die in der kommunistischen Ära geschaffen und geschürt wurden, sich so stark auf die Mentalität der Menschen ausgewirkt haben, daß sie die Existenz von Unterschieden nicht tolerieren können. Zu einem Zeitpunkt, da Europa versucht, sowohl seine Wirtschaft als auch seine Verteidigung zu integrieren, „balkanisiert“ sich der Balkan. Wir müssen diese Tendenz bekämpfen. Dafür wird ein sehr festes Engagement seitens der internationalen Gemeinschaft notwendig sein. Das Verhältnis zum Balkan muß wie gegenüber einem Ganzen sein.

Die Wandlung in den tief verwurzelten Ansichten und Haßgefühlen in Jugoslawien ist von vorrangiger Bedeutung. Das Problem liegt nicht allein in der politischen Elite. Es ist tief in die Gesellschaft eingedrungen. Das Volk Jugoslawiens muß sofort nach Beendigung der Krise in Europa integriert werden. Es darf nicht isoliert werden, weil es sich dann in sich vertiefen und in einer Betonschale einigeln würde. Zu viele Dinge stehen hier auf dem Spiel. Wie anderswo in Europa liegt der Schlüssel zur Wende in Wohlstand und Demokratie. Möglichkeiten für Kontakte mit dem jugoslawischen Volk sind im Parlament und den politischen Parteien gegeben, in Kreisen der Kulturschaffenden und Intellektuellen, ja sogar bei den Militärs. Dieser Dialog wird dazu beitragen, einen Blick auf die Dinge von der anderen Seite zu werfen, zu sehen, daß dies kein Krieg gegen das Volk Jugoslawiens ist. Vor allem darf Jugoslawien nicht isoliert werden.

■ Der Schlüssel zur künftigen Stabilität in der Region ist die Aufnahme Bulgariens in die zweite Erweiterungsrunde der NATO, unabhängig vom Zeitpunkt, zu dem sie stattfinden wird.

In der jüngsten bulgarischen Geschichte gibt es eine Tatsache, derer wir uns schämen. 1985 und 1989 führte die damals regierende kommunistische Partei praktisch eine ethnische Säuberung durch. Mehr als 350 000 bulgarische Bürger, die zur türkischen Minderheit gehörten, wurden zur Ausreise in die Türkei genötigt. Davor wurden ihre Namen zwangsweise geändert. Diese tiefe Wunde in der bulgarischen Gesellschaft verheilte schnell. Sie verheilte dank der Demokratie, der Toleranz, der Integration der türkischen Bevölkerung in die Gesellschaft. Heute hat die türkische Minderheit ihre Repräsentanz im Parlament, den Behörden sowie in der Kommunalverwaltung. Das ist ein Beweis für multiethnische Toleranz. So muß das Modell auf dem Balkan aussehen.

Nicht mehr Demokratien, sondern mehr Demokratie ist die Formel zur Lösung des Problems im Kosovo. Die internationale Gemeinschaft muß zur Unterstützung dieses Prozesses entschlossen sein.

Das Manuskript wurde am 4. Mai 1999 abgeschlossen.